

Eine neue Zeitung ?

von Lothar de Maizière

In Berlin erscheinen Tageszeitungen, alle mit einem Kulturteil ausgestattet. Und zusätzlich stecken in unseren Briefkästen Stadtteilzeitungen, die manchmal ebenso über lokale Ereignisse aus dem kulturellen Leben berichten. Auch die Stiftung Denkmalschutz wendet sich gemäß ihrem Stiftungsauftrag mit Publikationen an die Öffentlichkeit, um sie auf die Bedeutung und die Pflege des kulturellen Erbes in Berlin hinzuweisen - mit ihrem einmal jährlich erscheinenden STIFTUNGSREPORT, in dem aus der Stiftung berichtet wird, mit ihren HEFTEN, mit denen sie über durchgeführte oder beabsichtigte Maßnahmen informiert und schließlich gibt sie die MEISTERWERKE DER BERLINER BAUKUNST heraus, mit denen sie auf besondere Bauwerke in der Stadt hinweisen will. Bedarf es da also noch einer im Vierteljahresabstand erscheinenden neuen, kleinen Zeitung - eines DENKMALSPIEGELS ? ■

Eine neue Zeitung !

von Monika Grütters

Die Berliner Öffentlichkeit braucht tatsächlich einen DENKMALSPIEGEL! Liest man die Feuilletons unserer Tageszeitungen, findet man Berichte über Theater, Film, moderne Kunst sowie Wissenschaft und Forschung. Berichte über das kulturelle Erbe unserer Stadt zählen zu den absoluten Ausnahmen, manchmal hat man den Eindruck, als sei das nur Sache der Lokalredaktion - nichts gegen Lokalredaktionen! Dabei sind unsere Denkmale aber wesentlicher Teil des Alltagslebens, und das verdient doch einigermaßen Beachtung. Wir wohnen in denkmalgeschützten Häusern, nehmen die denkmalgeschützten öffentlichen Bauwerke der Stadt wahr, freuen uns am „event“ einer Rückgabe nach erfolgter Restaurierung wie beim Brandenburger Tor. Denkmalpflege ist auch umfassende Denkmalpolitik - auch da hapert es. Darum braucht das kulturelle Erbe der Stadt ein Sprachrohr - unseren DENKMALSPIEGEL. ■



Die ehemalige königliche Bibliothek und das ehemalige Palais Wilhelms I., 1936.

Kopf oder Zahl ?

von Volker Hassemer

Die immer wieder aufbrechende Debatte um Denkmalschutz und Denkmalpflege ist in aller Regel mit ihren Forderungen nach Veränderungen der Rahmenbedingungen von Denkmalschutz und Denkmalpflege nicht neu. Die in die politische Landschaft überschwappende Verärgerung von Denkmaleigentümern löst periodisch die Frage aus, wie man Denkmalschutz und Denkmalpflege, die generell anzuzweifeln heute keinem mehr einfällt, „schlanker“ machen kann. Die stets diskutierten Lösungsansätze heißen: Verringerung der Zahl der Denkmäler, Bilden von Denkmalklassen oder Aufweichen der Bestimmungen über den Umgang mit den Denkmalen, wie sie im Denkmalschutzgesetz festgelegt sind.

Die Zahl der Berliner Bau-, Boden- und Gartendenkmale zahlenmäßig zu verringern, würde keine Abhilfe bringen - der Blick auf die Gesamtzahl der baulichen Anlagen in

Berlin belegt, dass sie bestenfalls einen Anteil von 7 % des Gesamtbaubestandes ausmachen, also einen ohnehin untergeordneten Teil darstellen. Und so wie Baudenkmale abgerissen werden, wachsen neue Baudenkmale wieder nach. Das Einführen von Denkmalkategorien etwa von solchen europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung hilft gar nichts. Muß bei einem Baudenkmal von europäischer Bedeutung der Ocker in der Farbe auf das Gramm genau abgewogen werden, und bei dem Denkmal der niedrigsten Klasse kommt es nicht darauf an? Diese Diskussion ist in den sechziger Jahren ausgiebig mit dem Ergebnis geführt: ein Denkmal ist ein Denkmal.

Aufweichen der Schutz- und Pflegebestimmungen des Gesetzes? Bringt auch nichts!

Wie wäre es mit weniger Theoriegläubigkeit und mit größerem Eingehen auf die Nöte des Denkmaleigentümers - also mit Kopfarbeit? Wir sind jedenfalls für Kopf! ■

Zahlen

von Reinhard Müller

Die unserer Stiftung zufließenden Spenden und Zustiftungen zeigen seit dem Jahr der Gründung bis heute eine erfreulich zunehmende Tendenz. Dank der Spendenfreudigkeit der Berliner und unserer Freunde ist inzwischen das Stiftungskapital auf die von der Stiftungsaufsicht geforderte Größe von 500.000 Euro angewachsen, auch der Bürobetrieb kann mit einiger Sicherheit auskömmlich betrieben werden. Die Spenden sind in der Regel zweckgebunden und fließen deshalb unmittelbar in die Restaurierungen. Das „operative Geschäft“ der Stiftung muß trotz aller positiver Entwicklung aber weiterhin von der Kunst beherrscht werden, Finanzierungspläne durch Eigenmittel, durch Arbeitsfördermittel und Zuwendungen sowie Sachspenden zustande zu bringen. Die Tätigkeit von Vorstand und Geschäftsführung gilt in erheblichem Umstand diesem sehr trockenen Geschäft. Wir müssen „klappern“. ■

Veränderungen im Kuratorium

von Gerd Wartenberg

Das Kuratorium ist gewissermaßen unser Aufsichtsrat. Aber wenn die absehbaren Strukturveränderungen in unserer Gesellschaft von der Stiftung richtig beobachtet werden, dann bedarf es, über die dem Alltagsgeschäft gewidmete Tätigkeit des Vorstandes hinaus, der Wirksamkeit eines Gremiums eben in Gestalt des Kuratoriums, das eine eigene Aktivität bis in die hohe Politik und bis in die Wirtschaft hinein entfalten kann. Dieser Prozess der Umstrukturierung des Kuratoriums beginnt sich zu entwickeln. Wir haben die Hoffnung, dass Spitzenleute aus Politik und Wirtschaft ihre Mitarbeit im Kuratorium nicht versagen werden. Gleichzeitig überlegen wir, wie wir über einen Freundeskreis ein Gremium schaffen können, das seine Wirksamkeit im Sinne der Stiftungsziele punktgenau in Berlin entwickelt. ■

Wer die Macht hat

Privatinitiative ade: Der Kanzler der Genossen bringt die Zivilgesellschaft in Gefahr

von Moritz Schuller

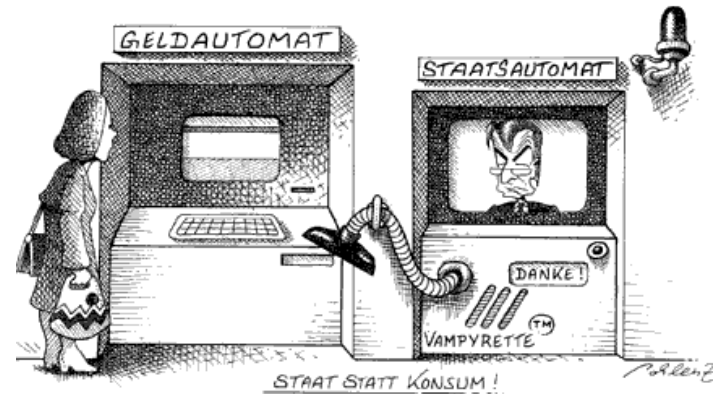
Die Rettung Deutschlands? Die sieht so aus: Drei Freundinnen feiern in Berlin ihren 35. Geburtstag und sammeln 5000 Euro. Oder so: In Goslar finanzieren Privatleute die Aufführung von "Grease" im örtlichen Gymnasium, und in Dresden wird mit Filzhüten für ein Erich-Kästner-Zentrum gesammelt. Früher sah Gerhard Schröder das auch so. Damals sprach er von einer modernen, zukunftsorientierten Sozialdemokratie und vom Dritten Weg, den er zusammen mit Tony Blair beschreiten wollte. Damals, beim rot-grünen Machtantritt vor vier Jahren, als wieder einmal die Hoffnung aufkeimte, dass der verkrustete, unflexible und dennoch sich in alles einmischende Staat eingedämmt würde, zu Gunsten von Stiftungen, Privatinitiativen und mehr Bürgerrechten. Im Kanzleramt saß ein Planungschef, den man den Papst der Zivilgesellschaft nannte, und Schröder sagte Sätze wie: "Wir als Sozialdemokraten sollten Begriffe wie Freiheit und Eigenverantwortung groß schreiben und unterstreichen." Heute, da endlich alles nach der Rettung Deutschlands ruft, will die SPD den Familien nicht einmal mehr "die Lufthoheit über den Kinderbetten" lassen.

Womöglich ist eine sozialdemokratische Partei mit dem Rückbau des Wohlfahrtsstaates überfordert. Die dafür notwendigen Instrumente gehörten noch nie zur ordnungspolitischen Ausstattung der Genossen. Auch New Labour, das geben deren Vordenker zu, verdanken den gesellschaftspolitischen Spielraum, in dem sie derzeit den Sozialstaat neu mischen, den radikalen Reformen Margaret Thatchers. Doch als der Finanzminister nach der Wahl das Ende der steuerlichen Abzugsfähigkeit von gemeinnützigen Spenden verkündete, waren die meisten fassungslos. Auch wenn Schröder zurückruderte - in jenen kalten Tagen nach der Wahl konnte man denken, Schröders Enthusiasmus für die Zivilgesellschaft rühre daher, dass sich in ihrem Namen Sparmaßnahmen großmütig als Selbstermächtigung der Bürger verkaufen lassen. In jedem Fall erinnerte Eichels Vorstoß an die große Skepsis, mit der ein Teil dieser Regierung jenen nichtstaat-

lichen Sektor aus Stiftungen, Vereinen und Einzelpersonen noch immer zu betrachten scheint. Dabei wäre die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft nicht ohne den anderen Teil der Regierung möglich gewesen, nicht ohne die "heilige Johanna der Stiftungen": Seit Jahren hatte sich Antje Vollmer für eine Reform des deutschen Stiftungsrechtes stark gemacht, und in der Tat gehört die Neuordnung dieser Gesetzgebung zu den echten Erfolgen der ersten Amtszeit von Rot-Grün: Die steuerliche Abzugsgrenze für Spenden an gemeinnützige Institutionen wurde heraufgesetzt, die Stiftungen wurden von den meisten Steuern befreit, und der Stifter selbst hat jetzt "das Recht zu stiften". Für Olaf Zimmermann, den Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, eine "deutlichen Verbesserung". Die Zivilgesellschaft ist, anders als der Staat, diffus. Darin liegt die Stärke dieses Sektors, der eben nicht nur die Bertelsmann- oder Bosch-Stiftung umfasst, sondern auch den Verband der Bierbrauer, Hertha BSC oder die kleine Privatstiftung, die das Gehalt einer Krankenschwester bezahlt. Wurde die Zivilgesellschaft vor einigen Jahren noch als neoliberale Bedrohung oder als Segen des Kommunitarismus wahrgenommen, hat sich dieser Dritte Sektor neben Staat und Wirtschaft inzwischen weiterentwickelt: Wie in Osteuropa, wo die Zivilgesellschaft als Emanzipationsinstrument genutzt wurde, liegt die Stärke des Dritten Sektors in Deutschland zunehmend in der Schwäche des Staates. Die Bürgerstiftung Berlin etwa beschreibt ihre Aufgaben so: "Leere Staatskassen, wachsendes soziales Konfliktpotenzial, permanent hohe Arbeitslosigkeit - das vereinte Berlin steht vor gewaltigen Aufgaben. Die Bürgerstiftung Berlin ist die Antwort engagierter Berliner auf diese Herausforderungen." "Wir finden aus unserer gesamtgesellschaftlichen Stagnation nur heraus, wenn wir die Selbstorganisationskräfte stärken", sagt Rupert Graf Strachwitz, dessen Maecenata Institut seit Jahren den Dritten Sektor beforstet und der in der Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" saß. Doch auch er weiß, dass der Rückzug des Staates aus der

Gesellschaft scheitern wird, wenn er nur Antwort auf aktuelle Krisen ist. Die Elbe-Flut mag in der Tat einen Paradigmenwechsel herbeigeführt haben, der Staatskohle empfangende Bürger erschien plötzlich, als der Sandsack schleppende, doch neu geordnet hat das Wasser das Verhältnis von Bürger und Staat noch lange nicht. Der Vorstoß von Eichel, die Abzugsfähigkeit von Spenden zu streichen, meint Strachwitz, hätte durchaus mehr als nur Protestgeschrei über Prozentzahlen auslösen können: "Eine Diskussion darüber, welches Steuersystem wir haben wollen und was wir damit erreichen wollen." In Kanada habe man die Abzugsfähigkeit auf 70 Prozent hoch geschraubt - mit großem Erfolg. Aber es gäbe auch andere Modelle, in Italien und Ungarn etwa können die Bürger ein

chef des Kanzleramts formuliert. Der Staat muss den Bürger, wenn er dessen Selbstbestimmung schätzt, auch zur Selbstbestimmung befähigen. Doch in Deutschland, sagt Antje Vollmer, geht es "seit dem Krieg und seit '68 nur um Umverteilung". Schröders politische Sprunghaftigkeit und, absurderweise, die katastrophale Haushaltslage führen derzeit zu einer Renaissance des Staates, den Kritiker schon als DDR light beschreiben. Nowak ist noch immer Anhänger der Zivilgesellschaft - aber seit der Wahl bezeichnenderweise nur noch der ehemalige Planungschef des Kanzleramts. Und die FDP, denen Selbstermächtigung und Selbstorganisation als klassisch liberale Themen zufallen, betreiben Selbstfindung. "Es ist sehr viel schwerer geworden, politische Relevanz für dieses Thema



Prozent ihrer Steuerschuld einer Non-Profit-Organisation oder der Kirche zukommen lassen. Oder das Flat-Tax-System, bei dem es keine Ausnahmeregelungen in der Abzugsregelung gibt. Oder das Modell, das den Spendenabzug nicht vom steuerpflichtigen Einkommen berechnet, sondern von der Steuer. Es gibt unendlich viele Wege, das Verhältnis zwischen Bürger und Staat zu organisieren, andere europäische Länder haben das längst erkannt. Graf Strachwitz lobt die società civile Italiens, Antje Vollmer lobt England, wo Tony Blair eine Strategy Unit zur Zivilgesellschaft ins Leben gerufen hat, andere wiederum loben Schweden. "Best practice" ist überall die Richtschnur dieser Diskussionen. Soweit ist Deutschland noch nicht, hier ist man noch immer nicht an der Einsicht angekommen, dass "das Gemeinwohl nicht die Summe der Verbände" ist, wie es Wolfgang Nowak, der ehemalige Planungs-

herzustellen", meint auch Graf Strachwitz, geschweige denn eine Debatte über mögliche Leitideen der Zivilgesellschaft anzuzetteln. Die Arbeit an diesem Gesellschaftsmodell wird auf absehbare Zeit wohl den Grünen zufallen, die nicht nur eine Bürgerrechtspartei, sondern auch eine von "citoyens" (Vollmer) sein wollen. "Rot-Grün hat in dieser Hinsicht kein spannungsfreies Verhältnis." Vollmer fordert Kulturbürger und ein Ende des "kleinbürgerlich-egalitären Grundtons" in Deutschland. Zivilgesellschaft ist auch gut für die Stimmung im Land: Selbstbestimmung, so Vollmer, ist nämlich auch ein "Gegengift für Übellaunigkeit".

Die Stiftung Denkmalschutz Berlin dankt dem Tagesspiegel für die Genehmigung zum Nachdruck des Beitrages von Moritz Schuller und ferner Herrn Bernd Pohlenz, der uns seine Karrikatur zur Verfügung gestellt hat.



Forum Fridericianum (heute Bebelplatz) mit dem Hauptgebäude und der ehemaligen Bibliothek

Denkmaleigentümer Humboldt-Universität

von Jürgen Mlynek

Anstatt am Denkmalschutzgesetz herumzuwerkeln, könnte man auch einmal versuchen, Denkmalpolitik - aber nicht im Sinne von parteipolitischen Befindlichkeiten - zu betreiben. Frage beispielsweise: wer sind die Eigentümer mit dem größten Bestand an Denkmalen, in welchem Maße prägen sie die Identität der Stadt und wie kann man ihnen - falls erforderlich - helfen? Solche Denkmaleigentümer sind in der Regel nicht der private Denkmaleigentümer mit seinem geschützten Wohnhaus, sondern es sind die öffentliche Hand und die Kirchen, die ehemaligen Eigenbetriebe und die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt. Welchen Anteil an der kulturellen Identität der Stadt besitzen sie, wie entwickelt sich mittelfristig ihre finanzielle Lage und wie können sie sich in der gegenwärtigen Situation helfen, damit ihr Bestand an Bau- und Gartendenkmalen nicht vor die Hunde geht? Aber auch: was muss getan werden, damit der Denkmalbestand eines künftigen Weltkulturerbes - siehe etwa die Hufeisensiedlung in Britz - nicht durch Zerstückelung und Pri-

vatisierung schleichend der Zerstörung anheim fällt.

Geht man offenen Auges durch die Stadt, begegnen einem auch andere Beispiele - man beobachtet das Charlottenburger Tor oder wandert um die Staatsoper in Berlin Mitte herum oder nehme die Fangnetze am Turm des Französischen Domes auf dem Gendarmenmarkt wahr.

Mutmaßlich größter und bedeutendster Denkmaleigentümer in der historischen Innenstadt von Berlin dürfte die Humboldt-Universität sein, selbst wenn die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit dem Weltkulturerbe der Museumsinsel einen ebenso beachtlichen Bestand besitzt.

Diese Rolle fiel der Humboldt-Universität eigentlich schon bei ihrer Gründung 1810 und der Zuweisung des Palais des Prinzen Heinrich Unter den Linden als Auditoriengebäude zu. Die Entwicklung der Universität hat zu zwei Gründen geführt, dass Humboldt heute mit mehr als fünfzig denkmalgeschützten Bauwerken im Innenstadtkern bedeutendster Denkmaleigentümer ist: einmal bezog sie eine Anzahl von bereits bestehenden hochrangigen Bauwerken oder übernahm sie im Zuge von Zusammenlegungen mit anderen Hochschulen,

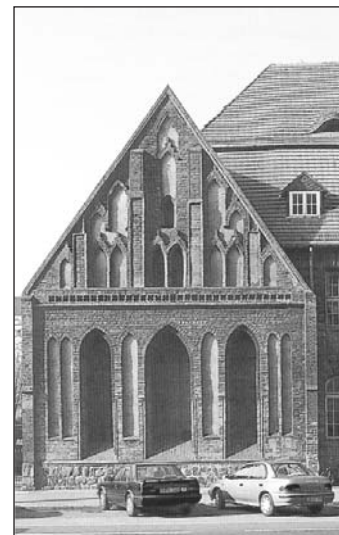
zum anderen führte die Beförderung der naturwissenschaftlich-medizinischen Fächer in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu eigenen Neubauten.

Die Bandbreite des Denkmaleigentümers Humboldt-Universität reicht somit heute von der mittelalterlichen Heilig-Geist-Kapelle an der Spandauer Strasse über das 1748-1753 von Johann Boumann gebaute Hauptgebäude, ehemals Palais des Prinzen Heinrich, die ehemalige königliche Bibliothek auf dem Bebelplatz, 1775-1780 nach dem Entwurf von Georg Christian Unger errichtet, das von Karl Gotthard Langhans gebaute Anatomie-Gebäude der ehemaligen Tierarzneischule von 1789-1790, das ehemalige Lehrgebäude der Tierarzneischule von 1839-1840 von Ludwig Ferdinand Hesse, das ehemalige Palais Wilhelms I. Unter den Linden 1834-1836 von Langhans' Sohn bis zu den Institutsgebäuden in der Dorotheenstadt und den Kliniken in der Ziegelstrasse.

Kartiert man die Lage dieser Baudenkmale, so erkennt man un schwer, wie sehr sie gerade nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und nach den Abbrüchen der Nachkriegszeit heute den Kern des historischen Berlins bestimmen. Die Humboldt-Universität ist Kern-Eigentümer des Forum Fridericianum - des Bebelplatzes, ihre Bauten schieben sich bis dicht an den Reichstag und greifen über an den südlichen Rand der Spandauer Vorstadt.

Es bedarf keines Hinweises, wie wichtig es ist, Forschung und Lehre nicht nur in rein funktionsbestimmten Zweckarchitekturen abzuhalten, sondern besonders dem akademischen Nachwuchs zumindest eine Ahnung von Entwicklungen und Verwicklungen der deutschen Geschichte zu vermitteln und ihm damit eine Ahnung von Bedeutungen zu verschaffen. Ein Beispiel: Das „Alte Palais“, Institutsgebäude der Juristischen Fakultät Unter den

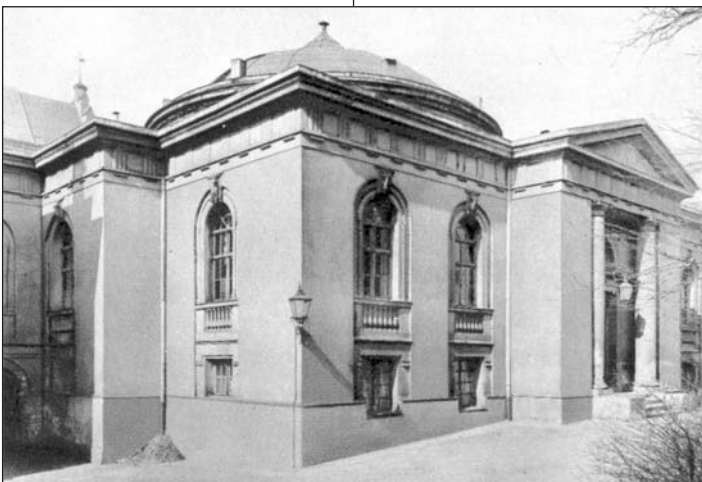
Linden, war einmal Wohnhaus des ersten deutschen Kaisers, Wilhelms I., und nach dessen Tod 1888 nationale Gedenkstätte, eine Bedeutung, die heute durch nichts im Inneren vermittelt wird. Was also tun, damit die Gesamtgeschichte des Hauses wieder ahnbar wird, und nicht nur der Wiederaufbau von 1962 den Eindruck im Inneren als eines ungemein nüchternen Seminargebäudes bestimmt? Die Humboldt-Universität repräsentiert nicht nur einen wesentlichen Anteil an der Baugeschichte dieser Stadt, es spiegelt sich in



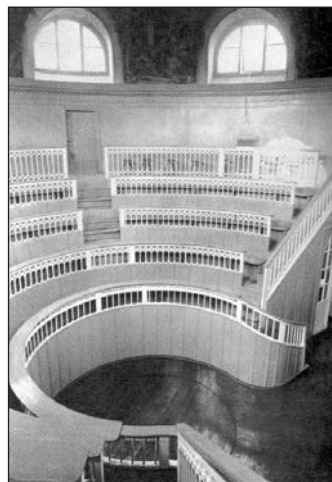
Heilig-Geist-Kapelle in der Spandauer Straße.

ihren Baudenkmalen ebenso Wissenschaftsgeschichte von erheblicher Bedeutung. Und aus der Sorgfalt, mit der mit diesem historischen Erbe umgegangen wird, müsste man doch eigentlich den Schluss ziehen können, welche Bedeutung man ihm zumisst.

Die Entwicklung des Universitäts-haushaltes scheint aber mittelfristig Formen anzunehmen, die ahnen lassen, dass eher die Bedürfnisse von Forschung und Lehre sowie die unmittelbaren Gebäudefunktionen befriedigt werden, als dass man einen den Baudenkmalen angemessenen Erhaltungs- und Pflegezustand anstreben kann. Hätten nicht bindende Verabredungen mit der Stiftung Denkmalschutz Berlin bereits bestanden, würde die Restaurierung der Fassade des Alten Palais, an der die Universität mit Eigenmitteln beteiligt ist, nicht durchgeführt werden können. Die bald unübersehbare Notlage der Universität zeichnet sich ab: man betrachte die Fassade der ehemaligen Bibliothek neben dem Alten Palais, man schätze den Pflegebedarf des Hörsaals in der Tierarzneischule ab oder erinnere sich, dass der Robert-Koch-Hörsaal am Zustand einer Ruine vorbeischrammt. ■



Ehemalige Tierarzneischule - Anatomie-Gebäude; Außenansicht und Hörsaal.

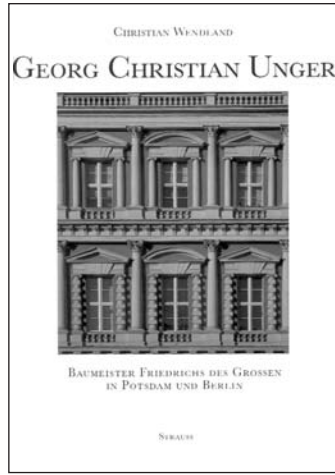




Der Bundesrat

Der Band schlägt den Bogen zwischen Geschichte und heutiger Gestalt nach dem Wiederaufbau in guter und umfassender Weise. Die Geschichte des Bauwerkes wie die seiner Institutionen, des alten Herrenhauses wie des Bundesrates, der nach seinem Umzug von Bonn nach Berlin im alten Preussischen Landtag sein neues Domizil gefunden hat, werden anschaulich dargestellt. Der Band ist vorzüglich bebildert und wirkt besonders in der Gegenüberstellung historischer Fotos mit dem heutigen Zustand.

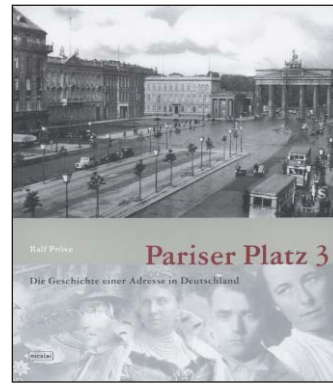
Der Bundesrat im ehemaligen Preussischen Herrenhaus, hrsg. v. Bundesrat, Berlin Gebr. Mann Verlag 2002. 49,80 €



Georg Christian Unger

Autor und Verlag haben mit diesem Band eine eindrucksvoll solide gearbeitete Darstellung eines in der öffentlichen Wahrnehmung so gut wie vergessenen preussischen Architekten samt seines Tätigkeitsfeldes in Potsdam und Berlin während der zweiten Hälfte der Regierungszeit Friedrichs des Großen vorgelegt. Wieder einmal fällt beim Betrachten der Berliner Bauten Ungers auf, wie Abbruch und Kriegszerstörung in der historischen Substanz der Stadt gewütet haben.

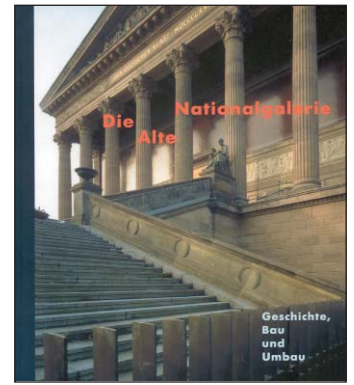
Christian Wendland: Georg Christian Unger. Baumeister Friedrichs des Großen in Potsdam und Berlin, Potsdam J. Strauss Verlag 2002. 36,00 €



Pariser Platz 3

Der Untertitel des ungemein lesbar geschriebenen Buches untertreibt. Die „Adresse in Deutschland“ entschlüsselt immerhin die Geschichte eines 1735-1737 errichteten Palais, dessen prominentester Bewohner von 1848 bis 1878 Generalfeldmarschall Wrangel gewesen ist, während die Casino-Gesellschaft ab 1878 in einem das Barockpalais ablösenden Neubau wichtiger Treffpunkt der vornehmen Gesellschaft mit weitverzweigtem Einfluss wurde, bis nach 1933 die >Organisation Todt< und in dessen Nachfolge Speer das Haus bezogen. Probe fordert dazu heraus, weiter solche Geschichten über Berliner Häuser zu schreiben.

Ralf Pröve: Pariser Platz 3. Die Geschichte einer Adresse in Deutschland, Berlin Nicolaische Verlagsbuchhandlung 2002. 19,90 €



Die Alte Nationalgalerie

Dokumentiert wird in umfänglicher Weise die jüngste, 2001 abgeschlossene Restaurierung der Alten Nationalgalerie auf der Museumsinsel, dem Herzstück der „Freistätte für Wissenschaft und Kunst“ - immer gespiegelt mit der komplexen Bau- und Umbaugeschichte des Hauses. Eine vorzügliche und reichhaltige Bebilderung hilft über die notwendigerweise manchmal trockenen Sachstands-darstellungen hinweg. Die Dokumentation soll sich wohl auch eher an die Fachwelt als an die interessierte Öffentlichkeit wenden, die ohnehin eher vor Ort durch das meisterlich rekonstruierte Museum begeistert wird.

Bernhard Maaz (Hrsg.): Die Alte Nationalgalerie. Geschichte, Bau und Umbau, Berlin G+H Verlag 2001. 29,80 €

Impressum

Herausgeber:

Stiftung Denkmalschutz Berlin
Frankfurter Tor 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 30 420 167 80
Telefax: +49 30 420 167 82
info@stiftung-denkmalschutz-berlin.de
www.stiftung-denkmalschutz-berlin.de

Redaktion:

Helmut Engel, Monika Grütters

Layout und Satz:

Christoph Engel

Lektorat:

Cornelia Heinrichs

Abbildungen:

Archiv Landesdenkmalamt Berlin,
Bernd Pohlenz

Vorstand der Stiftung:

Dr. h. c. Lothar de Maizière, Gerd Wartenberg, Reinhard Müller, Dr. Volker Hassemer, Professor Monika Grütters.

Geschäftsführer:

Prof. Dr. Helmut Engel

Spendenkonto:

Landesbank Berlin,
Konto-Nr.: 1111, BLZ 100 500 00

Meine Tante Deine Tante

von Christoph Stölzl

Horcht man in die politische Landschaft hinein, so findet man merkwürdige Befindlichkeiten. Es geht mir nun nicht darum, über Absatzbewegungen bestimmter Personen nachzudenken, die - wie beim Brandenburger Tor - bei kritischen und selbst bei einfach ungerechtfertigten Berichterstattungen in einem führenden Meinungsblatt der Bundesrepublik Deutschland sofort auf Distanz zur Stiftung Denkmalschutz Berlin gehen - das mag inzwischen Vergangenheit sein, sondern es geht mir darum, wie bei zugestanderener, erfolgreicher Tätigkeit der Stiftung gegenüber merkwürdige Forderungen erhoben werden, wenn auch erst noch in einem Einzelfall.

Zu lesen war in den Tageszeitungen Berlins - in vereinfachter Fassung hier wiedergegeben - die Meinungsäußerung eines Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses, die Stiftung Denkmalschutz Berlin solle die Zu-

stimmung des Senats zur Restaurierung des Strandbades Wannsee nur erhalten, wenn sie gleichzeitig das marode und defizitäre SEZ instandsetze.

Natürlich ist es für die Stiftung interessant, aus solchen Äußerungen ihre Wertschätzung in politischen Kreisen ablesen zu können. Der Abgeordnete wird sich nur fragen lassen müssen, ob er sich denn tatsächlich mit den Satzungszielen der Stiftung beschäftigt hat. Aber auch das soll uns nur am Rande interessieren.

Natürlich freut es die Stiftung auch, wenn manchmal aus politischem Munde schon von „unserer Stiftung“ gesprochen wird - wieder in völliger Vergesslichkeit, dass Abgeordnetenhaus und Senat bei Gründung der Stiftung im Jahre 1999 beschlossen hatten, sich an ihr mit keinem Pfennig zu beteiligen.

In Verbindung mit der öffentlichen Äußerung des Herrn Abgeordneten zum SEZ scheint uns vielmehr von Bedeutung zu sein, dass ein Politiker meint, wie beim Kuhhandel Bedingungen für die Stiftung erheben zu dürfen: Ihr kriegt nur, wenn ihr andererseits ... Dazu

möchten wir in aller Bescheidenheit anmerken: Die Stiftung ist eine Vereinigung bürgerschaftlich im Ehrenamt engagierter Personen, die ihren Teil dazu beitragen wollen, dass es in unserer Gesellschaft - wie von unseren Politikern immer wieder gefordert wird - nun endlich „ruckt“, anders ausgedrückt: Wir sind ein Teil der geforderten Zivilgesellschaft, die sich auch gegen staatliche und alle anderen Formen obrigkeitlicher Bevormundung wehren soll und auch wehren muss, wenn sie nicht ihre eigene Selbstachtung verlieren will. Es ist also eine Frage des gesellschaftlichen Stils, wie Politik und Stiftung zum Wohle der Stadt Berlin aufeinander zugehen.

Und ein Letztes: Die Stiftung ist jetzt gut drei Jahre alt. Mit dem Brandenburger Tor und der kleinen Waldkapelle Hessenwinkel hat sie schon ein gutes Stück Leistung gezeigt, die sich kontinuierlich mit dem Alten Palais Unter den Linden sowie dem Strandbad Wannsee fortsetzen wird. Und weitere Vorhaben sind bereits in der Vorbereitung. Wir haben viel zu tun: Deshalb Geduld, Herr Kollege! ■